

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuss**

17. WP - 24. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. Januar 2011, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Regionalökonomische Bedeutung der Universität Lübeck für den Wirtschaftsstandort Lübeck und für Schleswig-Holstein</b>	<b>4</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/952	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1100	
<b>3. Stand der Integration in Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1045	
<b>4. Beschlüsse von „Jugend im Landtag“</b>	<b>10</b>
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags Umdruck 17/1662	
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Regionalökonomische Bedeutung der Universität Lübeck für den Wirtschaftsstandort Lübeck und für Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/952

(überwiesen am 16. Dezember 2010 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

St Dr. Andreßen verweist zunächst auf die Ausführungen des Ministers in der Landtagsdebatte und gibt die Freude der Landesregierung darüber Ausdruck, dass es mithilfe des Bundes gelungen sei, die Medizinische Fakultät in Lübeck zu erhalten. Sie weist aber auch darauf hin, dass nie daran gedacht gewesen sei, die Universität Lübeck zu schließen. Auch das Universitätskrankenhaus als Klinikum habe nie infrage gestanden. Außerdem sei es mitnichten so, dass das Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium nicht genaue Überlegungen angestellt hätte, ob es verlässliche Daten gebe, die die sogenannte regionalökonomische Bedeutung der Universität sauber abbilde. Volkswirtschaftliche Modelle seien sehr komplex.

Abg. Baasch geht zunächst auf die im Wirtschaftsausschuss geführte Diskussion zurück, die sich schwerpunktmäßig mit der regionalpolitischen Bedeutung auseinandergesetzt habe, und kommentiert, dass er sich mehr von den Aussagen der Landesregierung versprochen hätte. Er halte es für wichtig festzustellen, dass der Standort Lübeck nicht mehr gefährdet sei, dass dort in Zukunft sogar mehr Studienplätze zur Verfügung stünden als in der Vergangenheit. Das sei eine gute und in die Zukunft gerichtete Entwicklung.

Er wendet sich der Bedeutung der Universität bezüglich der Region Südostholstein zu und fragt nach Erkenntnissen darüber, ob die Universität Motor in dieser Region sei und wie die Landesregierung dies zu fördern gedenke.

St Dr. Andreßen wendet sich zunächst der Zahl der Medizinstudienplätze zu und verweist auf den Auftrag aus der Haushaltsstrukturkommission sowie darauf, dass der Landesrechnungshof diese Zahl kritisch betrachte. Sie geht sodann auf das hochschulpolitische Konzept der

Landesregierung ein. Danach solle die Zahl der Medizinstudienplätze von 190 auf 170 reduziert werden. Außerdem solle versucht werden, die klinische Belegung der der vorklinischen Belegung anzupassen. Zur künftigen Entwicklung meint sie, dass der Medizinstandort Schleswig-Holstein für die Region ein Zugpferd darstelle. Das zeige sich an einer Reihe von Projekten am Standort Lübeck. Sie nennt beispielhaft unter anderem das Fraunhofer-Institut.

Abg. Dr. Bohn geht auf die Aussage ein, dass die Anzahl der Medizinstudienplätze zurückgeführt werden solle. Sie fragt, ob dies für den vorklinischen und den klinischen Bereich gelte.

Sie merkt an, auf einem kürzlich stattgefundenen Gesundheitskongress sei über Ärztemangel, insbesondere Hausärztemangel diskutiert worden. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich nach der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsministerium und Sozialministerium. Auf der einen Seite - so fährt sie fort - werde die Zahl der Studienplätze verringert, auf der anderen Seite Ärztemangel beklagt. Eine Verringerung der Zahl der Studienplätze müsse mit einer Qualitätssteigerung einhergehen. Danach erkundigt sie sich. Außerdem hält sie es für notwendig, Anreize zu schaffen, diejenigen, die im Land ausgebildet werden, auch im Land zu halten.

St Dr. Andreßen legt dar, für die ärztliche Versorgung sei das Gesundheitsministerium zuständig. Sie, St Dr. Andreßen, habe im letzten Jahr eine Runde mit dem Sozialministerium und der Kassenärztlichen Vereinigung moderiert, um in diesem Bereich voranzukommen. So sei beispielsweise das heute eröffnete Portal in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer und dem Sozialministerium entstanden. Das werde durch das Wirtschaftsministerium unterstützt, insbesondere durch die Beförderung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin.

Auch wenn sich die ärztliche Versorgung nicht im Bereich des Wirtschaftsministeriums befinde, könne sie so viel sagen, dass die hausärztliche Versorgung auch davon abhängen, dass Ausgebildete in diesem Beruf blieben und sich für die Sparte Hausarzt entschieden.

Eine Steuerung in der Vorklinik sei eher möglich. Die Situation im klinischen Bereich hänge zusammen mit den Möglichkeiten belastbarer Kapazitäten.

AL Fleck trägt zur Versorgung der Bevölkerung mit Haus- und Fachärzten vor, dass Bundesgesundheitsminister Rösler ein Bundesversorgungsgesetz angekündigt habe. Dazu hätten die Gesundheitsminister der Länder ein Paket von Forderungen aufgestellt, angefangen bei der Neuordnung der Planungsregionen bis hin zu berufsfördernden Maßnahmen. Am heutigen Tage finde dazu in Wiesbaden eine Konferenz der Staatssekretäre der Länder und des Bun-

desministeriums statt, in der das gemeinsame Verfahren besprochen werde. Bisher habe man sich auf die Einrichtung von drei Arbeitsgruppen verständigt. Schwerpunkte dieser Arbeitsgruppen bildeten die Themen Berufsstand und Berufsrecht, die Frage, wie die Rechte der Länder bei der Regionalplanung gestärkt werden könnten, insbesondere beim Zusammenwachsen von stationären und ambulanten Bereichen, sowie die Frage, wie die Länder mehr Einfluss nehmen könnten, um der Mangelversorgung in der Fläche vorzubeugen. In dieser Arbeitsgruppe werde Schleswig-Holstein vertreten sein.

Er geht auf eine Bemerkung der Abg. Dr. Bohn ein und legt dar, die Stärkung der Niederlassungsbereitschaft von Hochschulabsolventen sei ein Schwerpunkt der Arbeitsgruppe, in der Schleswig-Holstein vertreten sei.

Abg. Baasch geht auf den Hochschulpakt ein. Er habe ihn bisher so verstanden, dass sich die Zahl der Studienplätze erhöhe. Er möchte wissen, ob sowohl der Rückgang der Medizinstudienplätze als auch die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze in anderen Bereichen mit den einzelnen Universitäten erörtert worden sei. St Dr. Andreßen legt dar, dass der Hochschulpakt sei mit allen Hochschulen des Landes geschlossen worden. Die Studienplätze seien über alle Fakultäten verteilt. Der Aufwuchs sei mit jeder einzelnen Hochschule festgelegt worden.

Abg. Heinemann fragt nach der Zeitschiene der Besetzung für den vakanten Lehrstuhl für Allgemeinmedizin. St Dr. Andreßen antwortet, dass ein aussichtsreicher Kandidat eine andere Berufung erhalten habe.

Abg. Franzen weist darauf hin, dass Hamburg bei gleich hohen Ausgaben etwa doppelt so viele Studenten wie Schleswig-Holstein habe. Sie vermute, dass dies mit der Anzahl der Medizinstudienplätze zusammenhänge.

St Dr. Andreßen antwortet, ihr sei bekannt, dass Schleswig-Holstein gemessen am Königsteiner Schlüssel überproportional Medizinstudienplätze zur Verfügung stelle. Die Anzahl der Medizinstudienplätze in den anderen Bundesländern sei ihr derzeit nicht bekannt; sie werde diese schriftlich nachreichen.

Abg. Sassen weist darauf hin, dass eine Reihe von denjenigen, die eine Mediziner Ausbildung erhielten, nicht den Arztberuf ergriffen. St Dr. Andreßen teilt dazu mit, dass nach ihren Kenntnissen etwa 97 % derjenigen, die einen Medizinstudienplatz erhielten, diese Ausbildung abschlossen.

Abg. Dr. Bohn geht auf die von St Dr. Andreßen genannte Zahl von 97 % derjenigen ein, die effektiv ein Medizinstudium beendeten. Diese Aussage widerspreche nach ihrer Erinnerung einer Antwort auf eine ihrer Kleinen Anfragen. Daraus gehe auch hervor, dass das Medizinstudium in Kiel durchschnittlich zwei Semester länger dauere als in Lübeck. Sie möchte wissen, ob die Ursachen dafür bekannt seien. Sie geht ferner auf die lange Dauer der Weiterbildung zum Allgemeinmediziner ein und fragt nach Möglichkeiten, diese Zeit zu verringern.

St Dr. Andreßen sagt, sie könne derzeit keine Aussage zu einer möglichen Diskrepanz ihrer Aussage im Ausschuss und den Angaben der Landesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage treffen, da ihr die Antwort auf die Kleine Anfrage nicht vorliege.

Die Frage nach der Studiendauer halte sie für berechtigt. Auch die Landesregierung beobachte dies. Die Landesregierung habe dem Wissenschaftsrat das hochschulpolitische Konzept vorgelegt. Daraus gehe hervor, dass die unterschiedliche Dauer des Medizinstudiums in Lübeck und Kiel als verbesserungsfähig angesehen werde. Dazu würden zu gegebener Zeit Vorschläge vorgelegt werden.

AL Fleck legt dar, dass sich die Arbeitsgruppe 3 mit dem generellen Thema Situation im Studienbereich beschäftige. Allerdings sei das Gesundheitsministerium hier auf Zuarbeit aus dem Bildungs- und Wissenschaftsressort angewiesen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/982, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1100

(überwiesen am 17. Dezember 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europaausschuss und den Sozialausschuss)

Die Fraktionen von CDU und FDP bringen den aus Drucksache 17/1100 (neu) ersichtlichen Antrag als Änderungsantrag in die Beratung ein und bitten, diesen als Beratungsgrundlage zu nehmen. Dem stimmen die übrigen Fraktionen zu.

Einstimmig schließt sich der Ausschuss den Voten der beteiligten Ausschüsse - Wirtschaftsausschuss und Finanzausschuss – an, empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss die Durchführung einer Anhörung und bittet um Beteiligung.



Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Stand der Integration in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 17/1045

Frau Dicke aus dem Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration gibt einen Überblick über den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1045.

Abg. Dr. Bohn erkundigt sich nach Wartezeiten für Integrationskurse.

Frau Dicke antwortet, dass es Wartezeiten gebe, die allerdings statistisch nicht erfasst seien. Integration sei Bundesaufgabe. Das Land könne nur insofern Einfluss nehmen, als es gegebenenfalls auf Mängel hinweise und Verbesserungsvorschläge mache. Wartezeiten könnten dann entstehen, wenn zu viele Teilnehmer da seien oder in einer Region, in der es zu wenig Teilnehmer für einen Kurs gebe.

Auf eine Frage der Abg. Sassen legt Frau Dicke dar, dass einzelne Teilnehmer einen Anspruch auf die Teilnahme an einem Integrationskurs hätten. Gesteuert werde dies von der Bundesebene. Freiwillige Teilnahmen an derartigen Kursen würden im Rahmen von freien Mitteln des Bundes ermöglicht.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1045 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Beschlüsse von „Jugend im Landtag“**

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags  
Umdruck 17/1662

Der Ausschuss stellt den Fraktionen sich aus den Beschlüssen ergebende Initiativen anheim.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 14:40 Uhr.

gez. Christopher Vogt  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin